

LINKE FRAKTION im Bezirkstag von Oberbayern

Newsletter Mai 2019

Kliniken des Bezirks Oberbayern (kbo): Werden in der „ausgelagerten“ service GmbH Tariflöhne bezahlt?

Die Herstellung und Aufrechterhaltung hygienischer Standards in Kliniken ist mit einer besonderen Verantwortung verbunden und zugleich mit einer hohen Belastung. Die LINKE Fraktion will nun mit einer Anfrage erfahren, wieso das Kommunalunternehmen *kbo-Kliniken* eine *kbo service GmbH* „ausgegründet“ hat, ob diese wiederum Arbeiten an Subunternehmen vergibt und wie es mit den vertraglichen und tariflichen Bedingungen genau aussieht. Ziel der Anfrage ist es zu erfahren, wieso die *kbo Kliniken* diese Aufgaben nicht in eigener Verantwortung und mit gut bezahltem Personal selbst übernehmen.

Kirchliche Träger im Behinderten-, Sucht- und Psychiatriebereich und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

Die LINKE Bezirkstagsfraktion ist von betroffenen Arbeitnehmer_innen über Vorfälle in kirchlichen Einrichtungen informiert worden, die den Bezirk betreffen: Eine Einrichtung der evangelischen Kirche stellt eine nicht-konfessionelle Arbeitnehmerin ein, mit der Auflage, sich im Verlauf der Probezeit taufen zu lassen. Eine katholische Einrichtung legt einer Arbeitnehmerin ein Schreiben vor, in dem diese sich verpflichten soll, der Geschäftsleitung zu melden, falls sie bei einer Kollegin/einem Kollegen merke, dass der/die homosexuell sei. Da der Bezirk mit Einrichtungen kirchlicher Träger Vereinbarungen trifft, haben diese auch die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten (AGG, ArbSchG, höchstinstanzliche Arbeitsgerichtsurteile etc.). Dazu stellte die Fraktion zwei Anfragen (siehe unten). Aus den Antworten des Bezirkstagspräsidenten geht hervor, dass der Bezirk nicht willens ist, den kirchlichen Trägern Auflagen zu machen („sieht die Bezirksverwaltung keine Veranlassung, die Förderrichtlinien aufgrund der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu ändern“). Die LINKE wird die kirchliche Willkür weiter skandalisieren und beantragen, die Förderrichtlinien im Sinne einer Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer_innen zu überarbeiten.

Zusammenarbeit mit Angehörigen und Selbsthilfegruppen behinderter Menschen – Vorbereitung kritischer Fragen an den Bezirk

10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – 10 Jahre bayerische Exklusionspolitik. Die CSU-Regierung hat niemals ernst gemacht mit einer radikalen Umsetzung der UN-Konvention. Regelschulen sind bis heute für Menschen mit körperlich, psychisch und/oder sonstigen Handicaps kaum „aufnahmebereit“, die Förderschulen (ehemals

Sonderschulen) werden vom Kultusministerium als „Inklusionsschulen“ eingestuft; damit diese „voll“ werden, fallen immer mehr Kinder in das Diagnoseraster mit emotional-sozialen Entwicklungsproblematiken. Die *LINKE* Bezirkstagsfraktion sammelt momentan Dokumente und Berichte über Probleme von behinderten Menschen und/oder ihren Angehörigen, die zeigen, wie wenig der Bezirk das selbstbestimmte Leben behinderter Menschen fördert. Eine erste Anfrage zum *Persönlichen Budget* (§ 29 SGB IX; Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung) hat ergeben, dass der Bezirk sich anmaßt zu beurteilen, ob eine behinderte Person und die von ihr beantragten Leistungen „budgetfähig“ sind (siehe unten). Diese Anmaßung bedeutet für die Antragsteller_innen, sich zu Bittstellern machen zu müssen und punktgenau jeden „Bedarf“ zu erläutern. Dass ein Amt einen Antrag auf das *Persönliche Budget* ablehnt, steht in krassem Gegensatz zu §1 des *Teilhabegesetzes*: „Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen erhalten Leistungen, ... um ihre Selbstbestimmung und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern“. Ende Juni wird sich die *LINKE* Fraktion mit Selbsthilfegruppen der Behindertenszene treffen, um weiter Unterlagen zu sammeln, die eine Benachteiligung behinderter Menschen durch den Bezirk belegen können.

Haushalt 2019

Die Haushaltsrede der *LINKEN* vom Dezember 2019 war von der Auseinandersetzung mit der AfD geprägt. Aber sie zeigt auch, wie sehr sich CSU, SPD und Freie Wähler damit zufriedengeben, so weiterzumachen wie bisher. Keine Veränderungen, die radikal für behinderte, suchtkranke und psychisch kranke Menschen etwas verbessern würden. Die vollständige Haushaltsrede des Fraktionssprechers Klaus Weber ist im Internet zu finden unter:

<https://www.die-linke-bayern.de/parlamente/bezirkstag/details/news/aktuelle-haushaltsrede-aus-dem-bezirkstag-oberbayern/>

***LINKE* für ökologisches Thermopapier – Antrag gestellt**

Die EU hat die herkömmlichen Kassenbons als „besonders besorgniserregend“ eingestuft. Verbraucher_innen, vor allem Kinder, sollen so wenig wie möglich damit in Kontakt kommen. Der Grund: Viele dieser Thermopapiere sind mit einer speziellen Chemikalie beschichtet, die sich bei hohen Temperaturen dunkel verfärbt. Es handelt sich dabei um Bisphenol A, einen Stoff, der die Entwicklung von Organismen schädigen sowie Herz- und Krebserkrankungen auslösen kann. Da die Beschichtung aus Bisphenol A mit dem Papier nicht fest verbunden ist, kann der Stoff bei Berührung leicht über die Haut aufgenommen werden – und sich im Körper anreichern. Die üblichen Kassenpapiere sind nicht recyclingfähig und also nicht im Altpapier zu entsorgen. Da viele Kund_innen die Belege ins Altpa-

pier geben, werden Gewässer und Umwelt durch die falsche Entsorgung zusätzlich belastet. Die *LINKE* Bezirkstagsfraktion hat einen Antrag gestellt, der für alle Bezirkseinrichtungen die obligate Verwendung eines ökologischen Thermopapiers (www.ökobon.de) vorsieht.

***LINKE* aktiv gegen die AfD**

Bisher ist sie weder durch Wortbeiträge noch durch aktive Mitarbeit aufgefallen: die AfD-Fraktion im Bezirkstag (darunter der Reichsbürger-Kollaborateur Stanke sowie der Hitler-Verehrer Groß). Weil Rainer Groß, der sich selbst als „Ethikbanker der Landesbank“ bezeichnet, vorschlug, zu Orten der Hitler-Verehrung (Tannenberg) anstatt nach Auschwitz zu fahren (ein Vorschlag der *LINKEN*), soll seine Hitler-Verehrung nun auf Antrag der *LINKEN* missbilligt werden. Aus der Verwaltung war zu vernehmen, dass der Antrag nicht behandelt werden soll. Argument: Es würde nur der AfD nützen, sie ins Rampenlicht zu stellen.

CSU-Parteitreffen verschandelt Denkmal in Seeon – Bürgermeister weigert Auskunft

Im *Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon*, im Besitz des Bezirks Oberbayern, denkmalgeschützt, findet jährlich die Tagung der CSU-Landesgruppe im Bundestag statt. Fahnen wehen, das Gebäude ist hinter CSU-Werbung kaum zu erkennen. Jede Änderung an einem denkmalgeschützten Ensemble, auch vorübergehend, ist bei der Kommune zu beantragen und zu begründen. Deshalb fragte die *LINKE* bei Bürgermeister Bernd Ruth Ende März an, ob ein solcher Antrag im Jahr 2018 eingegangen sei. Über Wochen kommt keine Antwort, eine erneute Anfrage führt dazu, dass der Bürgermeister anfragen lässt, auf welcher Rechtsgrundlage er denn eine Antwort erteilen solle. Die Antwort der *LINKEN*, das *Bayerische Datenschutzgesetz* regle in Art.39, Auskunft müsse gegeben werden, wenn „ein berechtigtes Interesse glaubhaft dargelegt wird“, hat den Bürgermeister nicht dazu bewegen können, eine Antwort zu erteilen. Wir bohren weiter...

Bericht aus dem Bezirkstag – Wir kommen auch live!

Wer die Bezirksrät_innen der *LINKEN* einladen will: Wir kommen und berichten über die kleinen Erfolge einer linken kommunalen Politik. Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes wollen wir alle Parteigliederungen und Initiativen damit unterstützen.

ANTRÄGE (können jederzeit angefordert werden)

- 1) Geschäftsordnungsantrag: *LINKE* Vertreter im Bezirksausschuss
- 2) Missbilligung der Äußerung des AfD-Bezirksrats Groß zu Auschwitz

- 3) Aussetzung von Zuschüssen an die Erzbischöflichen Ordinariate (Freising, Eichstätt) wegen deren Millionen- und Milliardenvermögen
- 4) Nutzung eines ökologisch unbedenklichen Thermopapiers (phenolfrei und recyclingfähig) in Bezirkseinrichtungen

ANFRAGEN (können jederzeit angefordert werden)

- 1) Zum *Persönlichen Budget* für behinderte Menschen (Förderung von Anträgen zum selbstbestimmten Leben)
- 2) Zur Nicht-Einhaltung des Arbeitsrechts (vor allem *Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz*) durch kirchliche Träger
- 3) Zu Ermäßigungen / Sonderkonditionen beim Bildungs- und Kulturzentrum Kloster für diverse Unternehmen (Allianz, Siemens, BMW etc.)
- 4) Zu Telefonkosten für Inanspruchnahme des neu eingerichteten Krisendienstes
- 5) Zur Vermeidung von Langzeitpflege und bedarfsgerechter Abdeckung von Kurzzeitpflegeplätzen
- 6) Zur Unterbringung nach dem neuen Psychiatriehilfegesetz (Angaben zu „Zwangseinweisung“ sowie zur Überprüfung der Abläufe in den Kliniken)
- 7) Zur Parteiferne des Bezirksblättchens *bezirk aktuell* nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs
- 8) Zur Zahl der Anfragen und Anträge von Parteien und Gruppen in der letzten Wahlperiode (2013-2018)
- 9) Zu Einladungen des oberbayerischen Bezirksheimatpflegers durch das *Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz*
- 10) Zu Baumaßnahmen und ihrer rechtmäßigen Genehmigung am Bildungs- und Kulturzentrum Kloster Seeon
- 11) Zur *kbo-service GmbH* und nicht-tarifgebundenen Löhnen

Bei Fragen, Unterstützungsbedarf, Kritik und Anliegen kann sich jede/r an eine/n von uns wenden:

Fraktion der LINKEN im Bezirkstag von Oberbayern

- Stefanie Kirchner, stefanie.kirchner@die-linke-bayern.de
- Maria Mayr, Geltendorf, maria.mayr@die-linke-bayern.de
- Dr. Klaus Weber (Fraktionssprecher), 82061 Neuried
- Tel: 089/54404163; Email: dr.k.weber@t-online.de

Aktuelle Informationen über unsere Arbeit im Bezirkstag immer unter:

<https://www.die-linke-bayern.de/parlamente/bezirkstag/oberbayern/>